

■ Planung

Ablehnung der Tunnel-Pläne

aus SIGNAL 06/1994 (August 1994), Seite 22 (Artikel-Nr: 10003323)
ANTI-TUNNEL-GmbH

Mit den am Ende der Einwendungsfrist am 11. Juli abgegebenen 18.526 Einsprüchen erneuert die ANTI-TUNNEL-GmbH ihre Forderung nach Abbruch des Planfeststellungsverfahrens für die Tiergarten-Tunnel. Neben Unterschriften-Listen wurden tausende individueller Einsprüche, hunderte Einsprüche von direkten Anwohnern der Verkehrsstrassen, ausführliche Einsprüche mit bis zu 50 Seiten von Bürgerinitiativen, Naturschutzverbänden, Parteien und anderen Organisationen sowie Einsprüche aus dem gesamten Bundesgebiet und auch aus dem Ausland dem Verkehrssenator überreicht. Da keine 300 Einwendungen die Anhörungsbehörde direkt erreichten, kommen von der Gesamtzahl der Einsprüche 98% in Form von Ablehnungen des Straßen-, Bahn- und U-Bahn-Tunnels von der ANTI-TUNNEL-GmbH. Die Milliarden verschlingenden Tunnel-Projekte werden vehement abgelehnt, weil sie ökologisch schädlich und verkehrlich unsinnig sind. Der Straßentunnel wird mehr Autoverkehr ins Herz der Stadt ziehen und ist der Anfang der Westtangente. Der Fern- und Regionalbahn-Tunnel samt Zentralbahnhof verhindert eine schnelle Verbesserung der Eisenbahnanbindung Berlins, weil ungeheure Finanz- und Planungskapazitäten über Jahrzehnte an einem Punkt im Eisenbahnnetz gebunden werden und die notwendigen kleinteiligen Verbesserungen an vielen Stellen im Netz unterbleiben müssen. Der U-Bahn-Tunnel der Linie U5 macht nur Sinn im Zusammenhang mit dem städtebaulich katastrophalen Zentralbahnhof Lehrter Bahnhof und wird daher abgelehnt; eine Erschließung z.B. des Regierungsviertels ist billiger und schneller mit der Straßenbahn zu erreichen.

Der äußerst geringe Eingang von Einwendungen bei der Anhörungsbehörde ist Resultat der kaum vorhandenen Öffentlichkeitsarbeit des Senats. Eine breite Diskussion dieses Jahrhundertprojektes sollte damit vermieden werden, um das Planverfahren schnell und ohne Bürgerproteste durchziehen zu können.

Mit den 18.526 Einsprüchen hat die ANTI-TUNNEL-GmbH, ein Zusammenschluß aus über 50 Bürgerinitiativen, Naturschutzverbänden und anderen Organisationen, dem Senat aber einen Strich durch die Rechnung gemacht und die größte Zahl von Einsprüchen in einem Planfeststellungsverfahren in der Berliner Planungsgeschichte gesammelt und rechtswirksam übergeben.

Dieser Artikel mit allen Bildern online:

<http://signalarchiv.de/Meldungen/10003323>.

© GVE-Verlag / signalarchiv.de - alle Rechte vorbehalten